

Unterrichtung

durch das Europäische Parlament

Entschließung zum gegenwärtigen Stand des euro-arabischen Dialogs

DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT —

überzeugt, daß eine konstruktive Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der arabischen Welt im beiderseitigen Interesse liegt, sofern dadurch der Frieden – insbesondere im Nahen Osten – gefördert werden kann und ständig ausgebaut wird;

angesichts des bisherigen Meinungsaustauschs im Rahmen des euro-arabischen Dialogs und seiner beabsichtigten Fortsetzung auf der höheren politischen Ebene der „Allgemeinen Kommission“ —

1. begrüßt, daß es den Partnern des euro-arabischen Dialogs in der technischen Vorbereitungsphase gelungen ist, die notwendige organisatorische Infrastruktur zu schaffen, damit der Dialog zu einem Instrument der Zusammenarbeit und des gegenseitigen Interessenausgleichs gestaltet werden kann;
2. erhofft sich von der Fortsetzung des Dialogs nunmehr den Eintritt in Verhandlungen mit konkreten und ausgewogenen Ergebnissen auf den Gebieten der Wirtschaft, der Landwirtschaft und Industrie, der Technologie und Energie sowie der kulturellen Angelegenheiten;
3. bekräftigt, daß der Erfolg des Dialogs an die Lösung der politischen Probleme gebunden ist, damit ein wirksamer Beitrag zum Frieden geleistet wird, der es allen Staaten des Nahen Ostens – einschließlich des Staates Israel – ermöglicht, innerhalb sicherer und von allen Beteiligten anerkannten Grenzen zu leben;

4. wünscht, daß im Rahmen des euro-arabischen Dialogs dem Prinzip der Nichtdiskriminierung besondere Beachtung geschenkt wird und daß effektive oder angedrohte Boykottmaßnahmen nicht geduldet werden;
5. fordert die am euro-arabischen Dialog beteiligten Organe der Europäischen Gemeinschaften auf, darüber zu wachen, daß Grundsätze und Gehalt der gemeinsamen Handelspolitik der Europäischen Gemeinschaften ebenso wie die bisherigen Ansätze einer gemeinsamen globalen Mittelmeerpolitik nicht geschwächt, sondern gestärkt werden;
6. beauftragt, seinen Präsidenten, diese EntschlieÙung dem Rat und der Kommission der Europäischen Gemeinschaften sowie den Parlamenten und Regierungen der Mitgliedstaaten zu übermitteln.

H. R. NORD
Generalsekretär

Georges SPENALE
Präsident